

Europäische Staatsschuldenkrise

Koalition lehnt Euro-Bonds strikt ab

Die christlich-liberale Koalition ist weiter davon überzeugt, dass sich Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum in Europa nur mit Haushaltskonsolidierungen und Strukturreformen erreichen lassen - und nicht mit einer Vergemeinschaftung von Schulden in der Eurozone. Deshalb lehnen die Koalitionsfraktionen die von der Opposition erneut geforderten sogenannten „Euro-Bonds“ vehement ab.

Auf dem Weg zu einer echten Stabilitätsunion in Europa haben 25 der insgesamt 27 EU-Staaten am 2. März den Fiskalpakt unterzeichnet und sich so zur Einführung nationaler Schuldenbremsen nach deutschem Vorbild verpflichtet. Der Fiskalpakt soll zusammen mit dem permanenten Europäischen Rettungsschirm (ESM) noch vor der Sommerpause im Bundestag verabschiedet werden. Angesichts neuer Forderungen der Opposition nach der Einführung sog. „Euro-Bonds“ haben die Koalitionsfraktionen in dieser Woche die Vergemeinschaftung von Schulden zulasten der deutschen Steuerzahler erneut klar abgelehnt.

Mit Euro-Bonds könnten die Euro-Staaten gemeinsame Anleihen am Kapitalmarkt aufnehmen und würden dafür auch gesamtschuldnerisch haften. Alle Staaten der Währungsunion könnten so Kredite zum selben Zinssatz erhalten - unabhängig davon, ob sie ihre Haushalte konsolidieren oder ihre Verschuldungspolitik weiter betreiben. Die gemeinsamen Anleihen setzen damit keinerlei Anreize für die verschuldeten Euro-Staaten zu Sparmaßnahmen - ganz im Gegenteil: Auch verschuldete Länder bekämen wieder leichter Zugang zum Finanzmarkt und könnten sich dadurch günstig neu verschulden. Gleichzeitig würden die Euro-Bonds zu höheren Zinsen in Deutschland führen und die Steuerzahler belasten - obwohl Deutschland selbst an den Finanzmärkten hohe Bonität genießt. Die christlich-liberale Ko-

alition lehnt die Vergemeinschaftung der Schulden in der Eurozone deshalb weiter ab und setzt sich für Strukturreformen und konsequente Einsparungsmaßnahmen in den betroffenen Euro-Staaten ein. Denn wichtig ist insbesondere, die Wettbewerbsfähigkeit der verschuldeten Länder wieder herzustellen und deren Schulden abzubauen. Mit der Einführung verbindlicher Schuldenbremsen werden die betroffenen Länder in die Pflicht genommen, müssen eigene Wettbewerbsstrategien entwickeln und gleichzeitig konsequent einsparen. Die Koalitionsfraktionen halten so an ihrer Strategie bei der schrittweisen Bewältigung der Staatsschuldenkrise fest und setzen weiterhin auf Haushaltskonsolidierung, Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und Stabilisierung der Finanzmärkte.

Kein Wachstum auf Pump

Die gemeinsame Ratifizierung von Fiskalvertrag und ESM stellt deshalb einen wichtigen Schritt bei der Bewältigung der Staatsschuldenkrise dar. Strengere Haushaltskontrolle und ein Sicherungsmechanismus gehören untrennbar zusammen und schaffen gemeinsam eine entscheidende Grundlage für eine echte Stabilitätsunion in Europa. Der Fiskalpakt und der ESM stellen für die CSU-Landesgruppe wichtige Maßnahmen bei der Bewältigung der Staatsschuldenkrise dar. Wachstum auf Pump zulasten der deutschen Steuerzahler durch eine Vergemeinschaftung europäischer Schulden lehnen wir deshalb genauso vehement ab wie eine Trennung von Fiskalvertrag und ESM.

*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde!*

Die Energiewende gelingt nur gemeinsam. Sie ist eine gemeinsame Verantwortung von Bund und Ländern, aber auch der Kommunen. Anstatt übereinander zu reden, müssen sich alle Beteiligten mehr miteinander abstimmen. Der Energiegipfel der Kanzlerin mit allen Ministerpräsidenten und den zuständigen Bundesministern sollte dabei der Auftakt einer institutionalisierten dauerhaften Zusammenarbeit zur Umsetzung der Energiewende sein.



Auf die ständige Tagesordnung einer solchen Konferenz gehören die Kosten für die Verbraucher, der Stromnetz- und Speicherausbau und die Investitionen in neue moderne Gaskraftwerke oder Kraftwerke alternativer Energien. Auf die Tagesordnung gehören aber auch Maßnahmen zum Energiesparen, etwa im Bereich der Gebäudesanierung. Die jetzt fast ein Jahr andauernde Blockade der steuerlichen Förderung von energetischen Gebäudesanierungen durch die rot-grünen Länder ist heuchlerisch; Rot-Grün geht es erkennbar nur darum, die gute Politik der Koalition zu erdrosseln. Für Europa fordern die Sozialdemokraten schuldenfinanzierte Konjunkturprogramme, national aber blockieren sie eine Maßnahme, die sowohl aus energetischen als auch aus wirtschaftlichen Gründen sinnvoll und überfällig wäre.

Rund 40 Prozent der Energie wird in Deutschland in Gebäuden verbraucht. Wir haben einen hohen Altbaubestand, der energetisch saniert werden muss. Die Wertschöpfung liegt bei der energetischen Gebäudesanierung fast vollständig im nationalen Bereich. Ihre steuerliche Förderung wäre ein Schub für Mittelstand und Arbeitsplätze. Die SPD muss sich entscheiden: Will sie Politik für die Menschen machen oder die Politik nur als Bühne für ihr Kanzlerkandidaten-Quartett nutzen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Reinhard Brandl MdB

Transplantationsgesetz

Neuregelung der Organspende

In Deutschland warten derzeit rund 12.000 Menschen auf ein Spenderorgan - davon alleine rund 1.700 in Bayern. Um die Chance dieser Menschen auf ein möglicherweise lebensrettendes Organ zu verbessern, hat der Deutsche Bundestag in dieser Woche eine Änderung des Transplantationsgesetzes beschlossen. Eine sogenannte „Entscheidungslösung“ soll dazu beitragen, die Bereitschaft der Menschen zur Organspende zu erhöhen - ohne dabei die Entscheidungsfreiheit des Einzelnen einzuschränken.

Die Entscheidung über eine Organspende ist eine sehr persönliche Angelegenheit jedes einzelnen Bürgers. Niemand soll gezwungen werden, sich zu entscheiden und einen Spenderausweis auszufüllen. Die in dieser Woche vom Bundestag beschlossene Änderung des Transplantationsgesetzes sieht deshalb Regelungen vor, mit denen jeder Mensch in die Lage versetzt wird, sich mit der Frage der eigenen Spendenbereitschaft ernsthaft zu befassen. Eine Studie der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung belegt, dass gut informierte Menschen einer Organspende grundsätzlich positiver gegenüber stehen und eher einen Organspenderausweis ausfüllen.

Mit den Neuregelungen soll deshalb sichergestellt werden, dass die Menschen in unserem Land zukünftig besser über die Organspende informiert werden. Vorgesehen ist, dass die Krankenkassen und -versicherungen dazu verpflichtet werden, ihren Versicherten geeignetes Informationsmaterial zur Organspende zur Verfügung zu stellen. Auch im Zusammenhang mit der Ausgabe der elektronischen Gesundheitskarte oder mit der Beitragsmitteilung sollen Organspenderausweise zur Verfügung gestellt werden, auf denen man seine Entscheidung bezüglich der Organspende dokumentieren kann. Zudem ist vorgesehen, dass jede Bürgerin und jeder Bürger in regelmäßigen

Abständen ausdrücklich aufgefordert wird, freiwillig eine Entscheidung zur Organspende abzugeben. Auch Bund und Länder werden in die Pflicht genommen. So soll bei der Ausgabe von amtlichen Ausweisdokumenten wie Pass, Personalausweis oder Führerschein, geeignetes Aufklärungsmaterial zur Organspende ausgehändigt und Organspenderausweise zur Verfügung gestellt werden. Die CSU-Landesgruppe ist davon überzeugt, dass die Neuregelung dazu beiträgt, dass durch eine Organspende zukünftig noch mehr Patientinnen und Patienten das Leben gerettet, verlängert oder deren Lebensqualität entscheidend verbessert werden kann.

Diese Woche

Europäische Staatsschuldenkrise Koalition lehnt Euro-Bonds strikt ab	1
Transplantationsgesetz Neuregelung der Organspende	2
KFOR-Mandat Fortsetzung deutscher Beteiligung	2
Traditioneller Maibockanstich Hasselfeldt betont Vertrauensbasis der Koalition	3
Energiewende Energieeffizienz verbessern	4
Flughafeneröffnung Konsequent aufklären	4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Martina Klement
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

KFOR-Mandat

Fortsetzung deutscher Beteiligung

Der Bundestag hat in dieser Woche einem Antrag der Bundesregierung zugestimmt, mit dem die deutsche Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo unverändert fortgesetzt wird. Ziel des Einsatzes ist es, das sichere Umfeld aufrecht zu erhalten, die Bewegungsfreiheit wieder herzustellen und die Lebensbedingungen vor Ort weiter zu verbessern.

Seit Beendigung des Kosovo-Krieges im Jahr 1999 sind deutsche Streitkräfte im Rahmen der Kosovo-Truppe im Kosovo im Einsatz. Unter der Leitung der Nato soll das multinationale KFOR-Kontingente aus rund 40 Staaten für ein sicheres Umfeld sorgen und die Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo unterstützen. Deutschland ist derzeit mit 1.222 Soldaten an der internationalen Sicherheitspräsenz beteiligt und trägt in Führungsverantwortung zur militärischen Absicherung der Friedensregelung für den Kosovo bei. Aufgrund der insgesamt positiven Entwicklung der Lage vor Ort und des Aufbaus selbsttragender Sicherheitsstrukturen konnte der Kräfteumfang des KFOR-Kontingents in der Vergangenheit bereits reduziert werden.

Die Lage im Kosovo ist grundsätzlich ruhig und stabil, allerdings bleibt das Eskalationspotential insbesondere im kosovo-serbisch dominierten Norden Kosovos weiter hoch. Mehrere gewaltsame Ausschreitungen hatten im vergangenen Jahr dazu geführt, dass die im Kosovo präsenten Kräfte wieder verstärkt werden mussten. Deutsche Soldatinnen und Soldaten haben an der Stabilisierung der gesamten Region einen wesentlichen Anteil. Die Bundesregierung hat zur Aufrechterhaltung des sicheren Umfeldes am 2. Mai beschlossen, die deutsche Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz mit unveränderter Zielrichtung fortzusetzen. Danach können für die Operation bis zu 1.850 Soldatinnen und Soldaten mit entsprechender Ausrüstung im Kosovo eingesetzt werden.

Traditioneller Maibockanstich

Hasselfeldt betont Vertrauensbasis der Koalition

Die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Gerda Hasselfeldt, hat beim Maibock-Anstich der Landesgruppe in dieser Woche die Vertrauensbasis der drei Koalitionspartner betont. Dass zum traditionellen Anstich die gesamte Führungsspitze der beiden Koalitionspartner CDU und FDP gekommen sei, zeige „dass wir eine große Vertrauensbasis haben, die letztlich das Fundament der Koalition ist“.

Am vergangenen Montag hat die CSU-Landesgruppe zum traditionellen Maibock-Anstich in die Vertretung des Freistaats Bayern in Berlin eingeladen. Dieser Einladung folgte die gesamte Spitze der Berliner Koalition - allen voran der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion Volker Kauder und der Fraktionsvorsitzende der FDP Rainer Brüderle mit den beiden Geschäftsführern Peter Altmaier und Jörg van Essen. Neben den drei CSU-Bundesministern Ilse Aigner, Hans-Peter Friedrich und Peter Ramsauer kamen insgesamt rund 40 christlich-soziale Bundestagsabgeordnete in die Bayerische Vertretung, um zusammen mit zahlreichen Hauptstadtjournalisten das 9-prozentige Maibockbier zu probieren.



Foto: Henning Schacht - berlinpressphoto

Die Koalitionsspitze beim traditionellen Maibock-Anstich der CSU-Landesgruppe in Berlin. V.r.n.l.: Geschäftsführer Peter Altmaier (CDU), Geschäftsführer Stefan Müller (CSU), Vorsitzende Gerda Hasselfeldt (CSU), Vorsitzender Volker Kauder (CDU), Vorsitzender Rainer Brüderle (FDP) und Geschäftsführer Jörg van Essen (FDP).

Vor dem traditionellen Anstich des Maibockfasses betonte Gerda Hasselfeldt in ihrer Rede die Vertrauensbasis aller drei Koalitionspartner. Die CSU sage sich selbst, der Schwesterpartei CDU und den Liberalen - aber auch dem politischen Gegner - stets offen und ehrlich die Meinung, so Hasselfeldt. Anschließend schlug sie gekonnt den Zapfhahn in das Maibock-Fass und während die Bierkrüge gefüllt wurden stimmte die Blasmusik stimmte ihr Repertoire an. Höhepunkt des Abends war die Rede des Kabarettisten Wolfgang Krebs, der in seinen Paraderollen als Horst Seehofer, als Christian Ude, als Günther Beckstein und als Edmund Stoiber die Maibock-Gesellschaft zum Beben brachte.

++++ Blick nach links ++++ Blick nach links ++++ Blick nach links ++++

Linke Seifenoper

DIE LINKE zerlegt sich seifenopernd! Zuerst kündigt der Rote Prinz Dietmar Bartsch seine Kandidatur als Co-Parteichef an. Dann schmeißt Mutterfigur Gesine Löttsch den Posten vorzeitig hin. Als nächstes steigt der Frischverliebte Oskar Lafontaine von seinem Feldherrnhügel und erklärt huldvoll, er wolle dann mal, aber nur zu den und den Bedingungen. Das wiederum erregt beim Übervater der Partei Gregor Gysi heftige Gegenreaktionen, woraufhin sich der Frischverliebte pikiert zurückzieht. Insgesamt wollen viele auf den begehrten Thron, hier nur eine Auswahl: die Ulralinke und Lafo-Geliebte Sahra Wagenknecht, die dunkelrotgefärbte Katja Kipping und die NRW-Wahlverliererin Katharina Schwabedissen. Das Ergebnis: Die „Einschaltquote“ sinkt, die LINKE ist bei den Wählern im freien Fall. Dafür indes gibt's von uns Applaus!

Piraten-Patzer

Es gibt viele Gründe gegen eine gesetzliche Frauenquote, aber man muss sachlich darüber diskutieren können! Gerwald Claus-Brunner – eines der bekanntesten Gesichter der Piratenpartei, der Mann mit dem Kopftuch und der Latzhose – kann das anscheinend nicht. Wie der Berliner Tagesspiegel berichtet, schrieb er jetzt im Kurznachrichtendienst Twitter: Frauen, die für eine Frauenquote seien, wollten auch nur einen Posten mit „Tittenbonus“. Zwar ruderte er auf der Website der Berliner Piraten-Fraktion umgehend zurück, geißelte die eigene Wortwahl als „sexistisch“, die Aussage im Ganzen als „unpassend“. Aber gerade ein Internet-Freak müsste wissen: Das WWW vergisst nichts. Der Eindruck, hier sei einer seiner politischen Verantwortung und der sachlichen politischen Auseinandersetzung nicht gewachsen, verfestigt sich gründlich.

Skuriler Auftritt

Der griechische Super-Linke Alexis Tsipras, dessen linksradikales Bündnis Syriza nach der letzten Hellas-Wahl sämtliche Ansätze für eine Koalitionsbildung in dem hochverschuldeten Land zunichte gemacht hatte, war diese Woche auf kombinierter Droh- und Betteltour in Deutschland. Sein Gastgeber: die LINKE. Seine Sekundanten: Klaus Ernst und Gregor Gysi. Seine Botschaft: wirres Rumgeschwafel! Dabei Eines ganz klar: Deutsches Geld ja bitte, deutsche Stabilitätskultur nein danke. Die Sparaufgaben von Bundesregierung, EU und IWF – alles inakzeptabel. Angela Merkel wolle die „Zerstörung Europas“, die Situation erinnere an die 1930er Jahre, als anschließend die Nationalsozialisten an die Macht gekommen seien usw. Ginge es hier nicht um so viel Geld und so viele Schicksale, dann wäre dieser Auftritt nur Eines gewesen: skurril.

Energiewende

Energieeffizienz verbessern

Die Energiewende wurde in dieser Woche um weitere entscheidende Schritte vorangebracht: das Bundeskabinett hat einen Gesetzentwurf zur Mietrechtsreform verabschiedet und der Bundestag hat die Änderung des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes beschlossen. Beide Maßnahmen tragen entscheidend zur Verbesserung der Energieeffizienz bei.

Rund 40 Prozent des deutschen Energieverbrauchs und 20 Prozent der CO₂-Emissionen entfallen auf den Gebäudebereich. Damit spielt der Gebäudebereich eine Schlüsselrolle für Energieeffizienz und Klimaschutz. Mit der in dieser Woche vom Kabinett verabschiedeten Mietrechtsnovelle soll die Nutzung des enormen Effizienzpotentials in diesem Bereich entscheidend verbessert werden. Das neue Gesetz schafft Anreize für Vermieter, vermieteten Wohnraum zu sanieren und verringert bürokratische Barrieren. Zugleich profitieren Mieter von einer energetischen Modernisierungsmaßnahme, weil die Mietnebenkosten nach der Renovierung sinken. Dabei bleibt die soziale Ausgewogenheit gewahrt, weil der Vermieter - wie bisher - nur maximal 11 Prozent der Kosten einer Modernisierung auf die Miete umlegen darf.

Auch mit der vom Bundestag in dieser Woche beschlossenen Novelle des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes wird die Energieeffizienz entscheidend vorangebracht. Die Förderung hocheffizienter Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK) ist ein zentrales Element der Energiewende. KWK-Anlagen erreichen durch die Nutzung der bei der Stromerzeugung entstehenden Abwärme hohe Wirkungsgrade. Somit tragen sie zur Ressourcenschonung und zum Klimaschutz bei. KWK-Anlagen werden bereits jetzt durch Zuschläge auf den marktmäßigen Strompreis gefördert. Mit der in dieser Woche beschlossenen Novelle wird die Förderung in diesem Bereich erheblich ausgeweitet. Ziel der Koalition ist es, bis 2020 einen KWK-Anteil an der Stromerzeugung von rund 25 Prozent zu erreichen.

Flughafeneröffnung

Konsequent aufklären

Die christlich-liberale Koalition um Verkehrsminister Ramsauer klärt die Umstände der verschobenen Eröffnung des neuen Berliner Flughafens klar und transparent auf.

Der neue Hauptstadtflughafen Berlin-Brandenburg sollte eigentlich Anfang Juni eröffnen. Nicht einmal einen Monat vor der geplanten Inbetriebnahme wurde nun bekannt, dass der Großflughafen voraussichtlich erst rund acht Monate später in Betrieb gehen kann. Die christlich-liberale Koalition setzt nun alles daran, den Schaden durch die verschobene Eröffnung so gering wie möglich zu halten und den Imageschaden für die Hauptstadt Berlin und den Standort Deutschland zu begrenzen. Hierfür hat Verkehrsminister Ramsauer in seinem Ministerium eine „SoKo BER“ eingerichtet. Vom Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit als verantwortlichem Aufsichtsratsvorsitzenden fordert die Koalition eine lückenlose Aufklärung der blamablen Verschiebung des Eröffnungstermins.

++ kurz notiert ++ kurz notiert ++ kurz notiert ++ kurz notiert ++ kurz notiert ++

Bundeswehrreform

Die christlich-liberale Koalition setzt sich bei der Bundeswehrreform weiter für die Anliegen der Soldaten und der zivilen Beschäftigten der Bundeswehr ein. Die Bundeswehr soll nach Abschluss der Neuausrichtung über bis zu 185.000 Soldatinnen und Soldaten sowie 55.000 Zivilbeschäftigte verfügen. Mit einem Reformbegleitgesetz sollen hierfür die rechtlichen Voraussetzungen für eine schnelle, einsatzorientierte und sozialverträgliche Personalanpassung geschaffen werden. In dieser Woche hat der Verteidigungsausschuss Änderungen der Koalitionsfraktionen zu diesem Gesetz beschlossen. Danach sollen den Berufssoldaten und zivilen Beschäftigten gezielte Anreize zur freiwilligen Beendigung ihres Dienstverhältnisses geboten werden. Damit leistet die Koalition einen substantiellen Beitrag zum Gelingen der Neuausrichtung der Bundeswehr.

Betreuungsgeld

Der konsequente Einsatz der christlich-sozialen Abgeordneten hat sich gelohnt: das Betreuungsgeld soll noch vor der Sommerpause verabschiedet werden. Die Einführung eines Betreuungsgeldes für diejenigen Eltern, die die Erziehung ihrer Kinder selbst in die Hand nehmen wurde bereits in der vergangenen Wahlperiode gesetzlich festgeschrieben und im Koalitionsvertrag erneut vereinbart. Im Juni soll das Betreuungsgeld nun im Kabinett beschlossen und noch vor der Sommerpause vom Deutschen Bundestag in zweiter und dritter Lesung verabschiedet werden. Damit werden Eltern, die keinen Krippenplatz in Anspruch nehmen, ab dem Jahr 2013 mit 100 Euro pro Monat, ab dem Jahr 2013 mit 150 Euro monatlich bei der Betreuung ihrer Kinder unterstützt. Dadurch wird eine echte Wahlfreiheit für junge Familien geschaffen.

Rechtsschutz

Der Rechtsschutz bei Bundestagswahlen wird verbessert - das hat der Bundestag in dieser Woche beschlossen. Mit dem Gesetz zur Verbesserung des Rechtsschutzes in Wahlen und der entsprechenden Änderung des Artikels 93 Grundgesetz werden die Rechte der Parteien, aber auch des einzelnen Wählers und Wahlbewerbers gestärkt. Parteien, die vom Bundeswahlausschuss nicht zugelassen werden, können zukünftig das Bundesverfassungsgericht anrufen. Die Richter in Karlsruhe entscheiden dann noch vor der Bundestagswahl, ob eine Partei zur Abstimmung zugelassen wird oder nicht. Zudem werden zukünftig unabhängige Richter an den Sitzungen der Landeswahlausschüsse und des Bundeswahlausschusses vor der Wahl teilnehmen. Dadurch werden die Prüfungsverfahren noch transparenter ablaufen.